

Kurzdokumentation des Workshops:

✳ **Beteiligungsmöglichkeiten – wie lässt sich die Akzeptanz für erneuerbare Energien in meiner Region stärken?**

Wissenschaftliche Erkenntnisse legen nahe, dass eine stärkere finanzielle Beteiligung an der Energiewende seitens der Kommunen und Menschen vor Ort ein wichtiger Schlüssel für die Akzeptanz der Energiewende auf lokaler Ebene ist. Gegenstand des Workshops war die Frage, wie es ganz praktisch gelingen kann, die Interessen von sowohl den Kommunen als auch den Bürgerinnen und Bürgern bei der Errichtung dezentraler Erneuerbarer-Energien-Anlagen zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Workshops haben wir daher die Ergebnisse des Projekts [„ReWA – Zusammenhänge von regionaler Wertschöpfung, lokaler Akzeptanz und finanzieller Beteiligung“](#)¹ vertiefend behandelt. Darüber hinaus konnten die Teilnehmenden zwei unterschiedliche Windkraftvorhaben kennenlernen, die in ihren Kommunen eine sehr hohe Akzeptanz genießen: zum einen den „Bürgerwindpark Hünfeldener Wald“ sowie zum anderen ein Windkraftprojekt auf gemeindeeigenen Flächen der Gemeinde Schnorbach.

Präsentationen von:

- **Irina Rau**, wissenschaftliche Referentin, Arbeitsbereich Umweltpsychologie beim Institut für ZukunftsEnergie und Stoffstromsysteme gGmbH (IZES)
- **Silvia Scheu-Menzer**, Bürgermeisterin der Gemeinde Hünfelden
- **Frank Heuser**, Land+Forst Projektentwicklung GmbH
- **Bernd Kunz**, Bürgermeister der Gemeinde Schnorbach

Diskussion:

- Die Ergebnisse der ReWa-Studie und die im Rahmen des Workshops vorgestellten und diskutierten Beispiele aus Hünfelden und Schnorbach zeigen, dass es keine Baupause für erfolgreiche Beteiligungsmodelle gibt. Vielmehr hängt die Entscheidung für ein bestimmtes Beteiligungsmodell von einer Reihe von Kontextfaktoren. Zentrale Fragen, um sich einem geeigneten Beteiligungsmodell zu nähern, sind u.a. (siehe auch Präsentation von Irina Rau):
 - Welchen Gestaltungsspielraum hat die Kommune (z.B.: Verfügt die Kommune über eigene für erneuerbare Energien geeignete Flächen?)
 - Wie sehr kann und will ich als Kommune ein finanzielles Risiko eingehen?
 - Welche Akteure kann ich vor Ort als verlässliche und kompetente Partner gewinnen?
 - Wie ist die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, bezogen auf erneuerbare Energien?
 - Welches Interesse und welche finanziellen Mittel haben Bürgerinnen und Bürger, sich direkt finanziell zu beteiligen?
 - Gibt es ggf. Konflikte vor Ort, die durch ein EE-Projekt wieder aufbrechen können?

¹ Titel eines gemeinsamen Forschungsvorhabens vom Institut für ZukunftsEnergie- und Stoffstromsysteme gGmbH (IZES), der Agentur für Erneuerbare Energien e. V. (AEE) sowie dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (IÖW)

- Folgende „Bausteine“ einer Beteiligung sind denkbar (keine vollständige Übersicht!):



Ansatzpunkte für LEADER:

- Kommunen sehen sich derzeit mit vielen Anfragen von Projektentwicklern konfrontiert, die auf kommunalem Gebiet EE-Projekte realisieren möchten. Statt nur auf diese Anfragen zu reagieren, ist es wünschenswert, dass Kommunen frühzeitig eine eigene Strategie für den Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln (um z.B. langfristige Bauleitverfahren anzustoßen). Eine gute Grundlage dafür können z.B. „Potenzialkarten“ sein, die aufzeigen, welche Standorte sich für erneuerbare Energien eignen. Auf deren Grundlagen lassen sich kommunale Strategien für den Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln. Ggf. bietet es sich an, Grundsätze/ -prinzipien zu entwickeln, die für EE-Vorhaben handlungsleitend sind (siehe hierzu auch das [Solarpotentialkataster der Gemeinde Bad Zwischenahn](#) sowie die [Leitlinien Bürgerenergie des Kreises Steinfurt](#)).
- Die Anbahnung von bürgernahen und naturschutzverträglichen EE-Projekten erfordert sehr viel Kommunikationsaufwand und Vernetzungsarbeit. LEADER könnte z.B. die Einrichtung von unabhängigen Beratungs- und Vernetzungsstellen finanzieren. Ein Beispiel ist die [Servicestelle Windenergie](#) im Kreis Steinfurt. Sie begleitet den Windenergieausbau auf allen Ebenen, ist Anlaufstelle für alle Akteure sorgt für Transparenz und Interessenausgleich und bietet Konfliktfall Mediation an. Diese Stelle ist zunächst über LEADER gefördert worden. Angesichts der anstehenden Ausweisung von weiteren Windvorrangflächen (2% je Bundesland) könnten solche Servicestellen einen wichtigen Mehrwert leisten und geeignete Beteiligungsmodelle mit anbahnen.